

Ausbau der Schulsozialarbeit in den städtischen Schulen in Sinsheim

Vorlage zur Sitzung des **Gemeinderates am 27.03.2012**

TOP 5 **öffentlich**

Vorschlag:

Die Schulsozialarbeit an den Städtischen Schulen in Sinsheim wird weiter ausgebaut:

- 1.) Für die Grundschulen (bisher 0,5 AK) wird der Stellenumfang um eine weitere 0,5-Stelle erhöht.
- 2.) An der Schule am Giebel, Steinsfurt (bisher 0,5 AK) wird der Stellenumfang um 0,25 auf 0,75 AK aufgestockt. Der bestehende Arbeitsvertrag wird zum nächstmöglichen Zeitpunkt angepasst.
- 3.) Für das Wilhelmi-Gymnasium und die Kraichgau-Realschule (bisher 0,76 AK) wird der Stellenumfang um eine weitere 0,5-Stelle erhöht.

Die Besetzung der Stellen 1.) und 3.) erfolgt zum Schuljahr 2012/2013.

Sachverhalt, Begründung, Finanzierung und Folgekosten:

Das Land Baden-Württemberg steigt im Jahr 2012 wieder in die Förderung der Schulsozialarbeit ein und wird die Stellen mit einem Drittel der Personalkosten fördern. Damit ist eine schon lange immer wieder formulierte Forderung der Kommunen erfüllt worden. Das Land erhofft sich von dieser Förderung einen weiteren Ausbau der Schulsozialarbeit. Dieser ist nach Ansicht der Fachleute vor allem im Bereich der Grundschulen, Realschulen und Gymnasien erforderlich. Der Kreis fördert von 2011 bis 2013 die Schulsozialarbeit aus weitergeleiteten Bundesmitteln aber nur für Stellen an Haupt-, Werkrealschulen und Realschulen.

In der Summe wird die Stadt Sinsheim ab 2012 für den vorhandenen Stellenumfang (Anlage 1) Zuschüsse in Höhe von 93.975,- € erhalten.

Ausgehend von diesem neuen Sachverhalt hat der geschäftsführende Schulleiter, Herr Langer, mit Schreiben vom 25.11.2011/24.01.2012 einen Antrag auf Ausbau der Schulsozialarbeit an den Schulen in Sinsheim gestellt (Anlage 2). Von der Schule am Giebel, Steinsfurt, liegt ein Antrag vom 14.12.2010 vor, in dem bereits die Erhöhung der Arbeitszeit der Mitarbeiterin beantragt wurde (Anlage 3). Dieser wurde damals nicht realisiert, da die Personalkostenerhöhung alleine von der Stadt zu tragen gewesen wäre.

Das Fachamt schlägt aus folgenden Gründen den im Beschlussvorschlag aufgeführten Ausbau vor:

Grundschulen:

Es steht eine Halbtagsstelle für die sechs kleinen Grundschulen des Stadtgebietes zur Verfügung. Zunächst wurden alle Schulen mit entsprechend geringen Stundenanteilen mit Präventionskursen versorgt. Einzelfälle aufzugreifen, ist aus Zeitgründen nicht bzw. in nur sehr unzureichendem Umfang möglich. Im Schuljahr 2010/2011 erklärten zwei Grundschulen, dass sie an Präventionskursen im Moment keinen Bedarf sehen. Dadurch konnte die Mitarbeiterin je einen ganzen Vormittag an je einer Schule sein und hatte noch einen Tag Puffer für Termine und Vor- und Nachbereitungen. Dies hat gezeigt, dass dadurch der Kontakt zu Schülern und Lehrern und auch Eltern schon etwas leichter möglich ist. Eine gezielte Einzelfallhilfe konnte aber nach wie vor nur am Rande angeboten werden. In der Schulleitersitzung im Oktober 2011 wurde über das weitere Konzept für die Grundschulen gesprochen. Von allen kam die Aussage, dass sie es für wichtig hielten, wenn zusätzlich zu den sinnvollen Präventionsangeboten auch Einzelfallhilfe angeboten werden würde. Eine Umfrage unter den Lehrkräften hat ein ähnliches Bild ergeben. Auch von fachlicher Seite wie dem Netzwerk Schulsozialarbeit wurde betont, dass es sich bei dem bisherigen Angebot nicht um Schulsozialarbeit im eigentlichen Sinne handelt. Deshalb sollte für den Grundschulbereich eine weitere Halbtagsstelle geschaffen werden. So wäre für je drei Schulen eine Halbtagsstelle vorhanden.

Schule am Giebel Steinsfurt:

An der Grund- und Werkrealschule Steinsfurt ist seit Herbst 2009 eine Mitarbeiterin mit einer halben Stelle beschäftigt. Sie leistet fast ausschließlich Einzelfallarbeit und bestätigt, dass die Fälle z. B. von Mobbing und Gewalt zugenommen haben. Deshalb wurde im letzten Schuljahr zusätzlich mit Anti-Gewalt-Trainings in Zusammenarbeit mit einer zusätzlichen Mitarbeiterin begonnen und ein Theaterprojekt zu dem Thema durchgeführt. Die Anti-Gewalt-Trainings dürfen nicht alleine durchgeführt werden. Diese wichtige Arbeit, die nach Aussage von Schülern und Lehrern sehr positive Effekte für diese Klassen und die einzelnen Schüler haben, bindet wiederum Arbeitszeit bei der Schulsozialarbeiterin. Anhand ihrer Überstundenzahl lässt sich ablesen, dass sie im Prinzip eine 75% Stelle ausfüllt. Zur weiteren Begründung verweisen wir auf den oben erwähnten Antrag der Schule vom 14.12.2010. Aufgrund der Schülerzahl ist hier im Vergleich mit der THS eine Aufstockung der Arbeitszeit dringend erforderlich.

Realschule/Gymnasium:

Hier ist eine Mitarbeiterin mit 19,5 Stunden an der Realschule und mit 10 Stunden am Gymnasium tätig. Am Gymnasium ist ebenfalls eine Schulsozialarbeit im vollen Umfang nicht möglich. An der Realschule werden die Einzelfälle ebenfalls immer häufiger, was durch das Wegfallen der Grundschulempfehlung eventuell noch verstärkt werden könnte. Deshalb wird vorgeschlagen, die 29,5 Stunden voll an der Realschule einzusetzen und für das Gymnasium zumindest eine Halbtagsstelle zu schaffen.

Der Ausbau der Schulsozialarbeit wurde in der Sitzung des Hauptausschusses am 07.02.2012 vorberaten. Dabei kam zum Ausdruck, dass die Sozialarbeit an den Schulen als wichtige Aufgabe angesehen wird. Vor dem Hintergrund der Haushaltskonsolidierung wird jedoch ebenfalls als wichtig erachtet, die Zuweisungen des Landes zur Deckung des Verwaltungshaushaltes zu verwenden. Dies wird durch den Genehmigungsbescheid des Regierungspräsidiums für den Haushalt 2012 so eingefordert.

Der Hauptausschuss empfiehlt daher dem Gemeinderat die Beschlussfassung unter folgendem Vorbehalt:

Die Verwaltung wird beauftragt, zur Entscheidung im Gemeinderat einen Deckungsvorschlag für die Mehrausgaben vorzustellen und hierfür im Einzelplan Schule nach entsprechenden Einsparungsmöglichkeiten zu suchen und mit den Schulleitern zu besprechen.

Übersicht zur Kostensituation:

Nach dem Eckpunktepapier des Landes vom 05.01.2012 wird jede Vollzeitstelle (ca. 55.000,- €) mit pauschal 16.700,- € gefördert werden.

Die Förderung des Kreises ist zunächst bis 2013 befristet. Der Kreis fördert die Personalkosten an Haupt-, Werkrealschulen und Realschulen mit 20%. Das Land fordert in seinem Eckpunktepapier aber die Drittelfinanzierung durch Land, Jugendhilfeträger und Schulträgers, so dass auch nach dem Auslaufen der jetzigen Förderung durch den Kreis mit einer weiteren Bezuschussung zu rechnen ist. Voraussichtlich reichen die Bundesmittel auch über 2013 hinaus zur weiteren Finanzierung durch den Kreis.

Personalkosten 2011 im Bereich Schulsozialarbeit	230.000,- €
Förderung (Einnahmen ab 2012)	93.975,- €
Differenz	136.025,- €

Personalkosten 2012 bei Umsetzung der Aufstockung ca.	298.750,- €
Förderung bei Umsetzung der Aufstockung	118.850,- €
Differenz	179.900,- €

Es entstehen Ausgaben für die Aufstockung in Höhe von jährlich	43.875,- €
--	------------

Damit wären durch die neuen Zuschüsse (93.975,- €) ab 2012 ca. 50.000,- € mehr Einnahmen im Verwaltungshaushalt zu verzeichnen als 2011.

Am 17.02.2012 fand eine Schulleiter/innen-Sitzung statt, um den Auftrag des Hauptausschusses, im Einzelplan Schule nach entsprechenden Einsparungsmöglichkeiten zu suchen, zu erörtern.

Es wurde einvernehmlich festgestellt, dass eine weitere Reduzierung des Schulbudgets nicht möglich ist. Das Schulbudget wurde mit Kürzung für das laufende Haushaltsjahr neu geregelt. Des Weiteren wurde bereits in der Vergangenheit eine Kür-

zung vorgenommen, um die Schaffung der Schulsozialarbeitsstelle an der Kraichgau-Realschule mit zu finanzieren.

Die Schulleiter der Kraichgau-Realschule und des Gymnasiums brachten zum Ausdruck, dass sie vor diesem Hintergrund von der beantragten Aufstockung für ihren Bereich absehen. Der Schulleiter der GWRS Steinsfurt betonte, dass es sehr wichtig sei, die halbe Stelle für seine Schule um 0,25 aufzustocken, damit eine angemessene und langfristige Sicherstellung der Arbeit gewährleistet ist. Er hatte wie oben erwähnt bereits im Dezember 2010 einen Antrag auf Aufstockung der Stelle gestellt. Der geschäftsführende Schulleiter ergänzte, dass auch an den Grundschulen dringend eine Erhöhung der Stellen notwendig sei.

Die Verwaltung schlägt deshalb vor, als ersten Schritt zumindest die Stelle an der Schule „Am Giebel“ um 0,25 AK aufzustocken. Dies würde den Haushalt nach Abzug aller Zuschüsse mit ca. 6.000,- € jährlich belasten.

Als mögliche Gegenfinanzierung wurde in der Schulleiterbesprechung die Streichung einer FSJ-Stelle diskutiert. Aus Sicht der Verwaltung ist dabei folgender Sachverhalt zu beachten:

Im Bereich der Schulsozialarbeit sind derzeit (Ende der Verträge August 2012) zwei FSJ - Stellen eingerichtet (Theodor-Heuss-Schule und Kraichgau Realschule), die eine wichtige Unterstützung der Mitarbeiterinnen darstellen. Die Kosten pro Stelle belaufen sich auf ca. 6.000,- € jährlich. Zur Gegenfinanzierung der Stellenaufstockung an der Schule am Giebel, könnte ab September 2012 eine Stelle eingespart werden und die Besetzung an den beiden Schulen im jährlichen Wechsel erfolgen. Das hätte aber zur Folge, dass an der Theodor-Heuss-Schule das Gruppenangebot im Grundschulbereich nicht aufrechterhalten werden kann, da hierfür zwingend eine zweite Kraft erforderlich ist. In dieser Gruppe werden Kinder ab der Mittagszeit betreut, die aufgrund ihres Sozialverhaltens und der familiären Gegebenheiten einer besonderen Förderung bedürfen. Aufgrund des Fehlens eines solchen Angebotes im Rahmen der Jugendhilfe wird hier eine sehr wichtige Aufgabe geleistet. Auch für das Jugendhaus war beabsichtigt, ab September 2012 eine FSJ - Stelle zu schaffen, damit das mit zwei Auszubildenden gewährleistete Angebot aufrechterhalten werden kann (Eine Ausbildungsstelle wurde seit September 2011 eingespart und dafür ab September 2012 eine Stelle für ein Duales Studium der Sozialpädagogik geschaffen; diese Stelle ist nur blockweise besetzt.). Es wurden aber schon Überlegungen angestellt, wie die zwei vorhandenen FSJ - Stellen so gestaltet werden können, dass auch die Mitarbeiter im Jugendhaus unterstützt werden können. Bei Einsparung einer der beiden vorhandenen FSJ - Stellen wäre das organisatorisch nicht mehr möglich. Außerdem ist davon auszugehen, dass aufgrund des doppelten Abiturjahrgangs mit einer großen Anzahl von Bewerbungen für die FSJ - Stellen zu rechnen ist.

Der Gemeinderat wird gebeten, über den Beschlussvorschlag Ziffer 1.) – 3.) unter Berücksichtigung der o.g Sachverhalte abzustimmen.

Rolf Geinert
Oberbürgermeister

Sabine Rotermund
Amtsleiterin

Bettina Richter-Kluge
Abteilungsleiterin